

## Zukunft unternehmen

### Schartau startet Kampagne für Chancengleichheit

Seit Mitte Mai ist eine einzigartige Kampagne zur Förderung junger Migranten auf dem Arbeitsmarkt angelaufen. Über drei Jahre hinweg will das NRW-Arbeitsministerium zusammen mit der LAGA NRW, Kirchen, Gewerkschaften, Migrantenverbänden u.a. für die Einstellung von jungen Zugewanderten werben.

Arbeitsminister Schartau: „Wir wollen eine Lanze für junge Zugewanderte brechen. Dabei stellen wir ihre Potenziale, Fähigkeiten und Talente in den Vordergrund. Es muss gemeinsam gelingen, die Ausbildungsquote junger Zugewanderter zu erhöhen und ihre überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit abzubauen.“

Damit greift Schartau eine alte Forderung der LAGA NRW auf. Junge Migranten brin-

gen mit ihrer Mehrsprachigkeit und ihrem interkulturellen Fähigkeiten Wissen mit, das in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft für immer mehr – auch kleinere – Unternehmen unerlässlich wird. Leider erkennen noch zu wenige Manager und Unternehmer diese Chance.

Und so nimmt die Arbeitslosigkeit unter jungen Migranten seit zwei Jahren wieder zu. Die jüngsten Zahlen sind alarmierend: Mit 18.320 arbeitslos gemeldeten Migranten unter 25 Jahren stellen sie mit knapp einem Fünftel die größte Gruppe unter jungen Arbeitslosen. Zugleich meldet allein das Handwerk in NRW aber einen Mangel von 20.000 Fachkräften.

**Weitere Berichte S.2 und 3**

### Kurzer Weg zur Integration – politische Partizipation

#### *Neue LAGA-Dokumentation zur Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen*

Produktiv war die LAGA-Tagung in Herne zur Zukunft der kommunalen Migranten, meint Tayfun Keltek. Der LAGA-Vorsitzende zeigt sich sehr zufrieden über die Ergebnisse: Einerseits seien einige neue Aspekte aufgezeigt worden, wie die politische Teilhabe von Migranten in Städten und Gemeinden verbessert werden könne, zum anderen versicherten anwesende Politiker aller Fraktionen des Landtages, dass es keine Reform der bestehenden Ausländerbeiräte ohne die Mitwirkung der Betroffenen selber geben werde.

Ein vom Verfassungsjuristen Oebbecke ins Gespräch gebrachtes Modell, wonach Räte einer Migrantenvertretung durch Ratsentscheid Mitbestimmungsbefugnisse übertragen könnten, wurde mit großem Interesse aufgenommen. Ebenso ein Vorschlag von Ewald Groth (Grüne), wonach die finanzielle Absicherung der Migrantenvertretungen nach dem Vorbild der Fraktionsgelder in den Räten geregelt werden könnte.

#### AUS DEM INHALT:

Zukunft unternehmen  
Modellprojekt in Wer-  
dohl

Uni Münster be-  
kommt Lehrstuhl  
Islamische Theologie

Innenminister Behrens  
und Bildungs-  
ministerin Behler  
besuchen LAGA

Anti-Diskriminierung:  
Bundesregierung legt  
Gesetzentwurf vorerst  
auf Eis

Neue Publikationen

Impressum

Juni 2002



**DER KÜRZESTE WEG ZUR INTEGRATION – Politische Partizipation**

**Mehr demokratische Beteiligung durch:**

- Kommunales Wahlrecht für Migranten
- Entscheidungskompetenz für die Migrantenvertretungen in Städten und Gemeinden
- Bessere Zusammenarbeit von Räten, Verwaltung und Migrantenvertretungen

• Dokumentation der LAGA-Tagung  
• Bilanz und Ausblick der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen

Mai 2002



Info: Die LAGA-Dokumentation ist erhältlich über die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Bestellcoupon Seite 5.



Liebe Leserin, Lieber Leser,

Was lange währt wird endlich gut, sagt ein Sprichwort. Endlich hat ein verantwortlicher Politiker das aufgegriffen, was Migrantenvertreterinnen und -vertreter schon lange sagen: Junge Zuwanderer bringen Talente und Fähigkeiten mit, die zum Wohl aller in unserer Gesellschaft genutzt werden müssen. Eine Politik, die erfolgreich Integration schaffen will, muss die Potenziale erkennen und fördern. Nur so kann die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen werden.

Ob die nun von Arbeitsminister Harald Schartau ins Leben gerufene Kampagne wirklich so erfolgreich wird, wie es zu wünschen wäre, hängt nicht allein von der Landesregierung ab. Deswegen ist es besonders begrüßenswert, dass auf Initiative des Ministers so viele verschiedene Organisationen von Kirchen, über Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften bis hin zur LAGA einen gemeinsamen Aufruf unterzeichnet haben. Darin heißt es unter anderem: „Diese jungen Menschen



haben vielfältige Fähigkeiten. ... Hier gibt es große Potenziale, die sich Arbeitgeber in Wirtschaft, sozialen Diensten und Verwaltung erschließen sollten.“

Hierin liegt ein wichtiges Aufgabenfeld für die örtlichen Ausländerbeiräte: Denn auch der öffentliche Dienst muss seiner Verantwortung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit junger Migranten gerecht werden. Die Ausbildungsquoten in den kommunalen Verwaltungen sind äußerst gering und allzu oft versteckt man sich hinter der fadenscheinigen Begründung es gäbe keine geeigneten Bewerber. Tatsächlich aber läßt die Suche zu wünschen übrig

Dabei haben Verwaltungen eine Vorbildfunktion. Mit Anträgen zur Nutzung der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel, können die Ausländerbeiräte in den Kommunen die richtigen Zeichen setzen. Gemeinsam mit Räten und Verwaltungen sollten wir versuchen, eine neue Richtung einzuschlagen und endlich die Chancen zu nutzen, die wir haben.

*Tayfun Kelttek*

Ihr Tayfun Kelttek  
Vorsitzender LAGA NRW



## Potenziale brauchen Chancen

### Land stellt Geld für Kampagne zur Verfügung

In den kommenden drei Jahren stellt das Land Nordrhein-Westfalen Geld für die Kampagne „Zukunft unternehmen. Integration in NRW“ zur Verfügung. Daraus sollen Projekte in Städten und Gemeinden finanziert werden.

Darüber hinaus hält das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie sofort umfangreiches Informationsmaterial bereit. In Broschüren werden beruflich erfolgreiche MigrantInnen mit ihren Lebenswegen vorgestellt Auf der eigens eingerichteten Homepage [www.chance.nrw.de](http://www.chance.nrw.de) be-

kommt man Infos, Adressen und Ansprechpartner der Initiatoren und anderer online. Unter der Hotline C@ll NRW stehen kompetente Gesprächspartner mit Rat und Tat zur Seite, wenn Interesse an einer eigenen Aktion vor Ort besteht.

Alle Informationsquellen richten sich sowohl an Unternehmen, die Migranten eine Chance geben, wie auch Gruppen und Organisationen, die sich an der Kampagne beteiligen wollen. Ebenso können sich Eltern, Jugendliche und Lehrer über Ausbildungschancen informieren.

Info:  
Internet: [www.chance.nrw.de](http://www.chance.nrw.de)  
Hotline: C@ll NRW: 01803 100 110  
(9 Cent/Minute)

## Arbeitgeber Kommune hat Vorreiterrolle Musterantrag für Migrantenvertretungen

*Kommunale Migrantenvertretungen können die Chance.NRW mit eigenen Anträgen vor Ort unterstützen. Ein solcher Antrag könnte etwa so formuliert sein:*

Der Ausländerbeirat ist besorgt über den auffallend geringen Anteil ausländischer Mitbürger bei den Beschäftigten und Auszubildenden der Stadt/Gemeinde xxx (s. Zahlen in der Begründung) und ruft aus diesem Grunde den Rat der Stadt/Gemeinde xxx auf, vielseitige Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Mißverhältnis zu beseitigen. Vorrangig ruft er den Rat der Stadt/Gemeinde xxx auf, einen Beschluß mit folgendem Inhalt zu fassen:

1. Der Rat der Stadt/Gemeinde xxx beauftragt die Verwaltung eine umfassende Informationskampagne über Ausbildungsmaßnahmen und freie Planstellen bei der Stadt durchzuführen mit dem Ziel

den Anteil von Bewerber/innen mit Migrationshintergrund für die Ausbildungsberufe und freien Planstellen bei der Stadt so zu erhöhen, daß die Stadt/Gemeinde xxx der ihr gebührenden Vorreiterrolle in dieser Frage gerecht wird und nicht mehr hinter den Anteilen der freien Wirtschaft steht. Dabei soll auf rechtliche, wie qualitative Möglichkeiten dieses Personenkreises (z.B. Verbeamtungsmöglichkeiten, interkulturelle Kompetenz) besonders hingewiesen werden.

2. Der Rat der Stadt/Gemeinde xxx beauftragt die Verwaltung bei den Auswahlkriterien für die Ausbildungsberufe und zu besetzenden Planstellen bei der Stadt Kenntnisse in den Muttersprachen der in/Gemeinde xxx lebenden Migranten-Gruppen und die interkulturelle Kompetenz ausländischer Bewerber/innen hinreichend zu berücksichtigen.

3. Der Rat der Stadt/Gemeinde xxx beauftragt die Verwaltung bei der Aus- und Fortbildung der Ausbilder bei der Stadt/Gemeinde xxx der Tatsache einer verstärkten Einstellung Jugendlicher mit Migrationshintergrund besonders zu berücksichtigen und ihre Aus- und Fortbildungspläne diesem Umstand anzupassen. Hierfür sind z.B.

- Unterstützungsmaßnahmen während der Ausbildung,
- Weiterbildungsmaßnahmen,
- Traineeprogramme anzubieten.

4. Die Verwaltung wird gebeten, zum Schluß jeden Kalenderjahres, dem Rat und dem Ausländerbeirat einen Bericht mit detaillierten statistischen Angaben über die Maßnahmen und ihre Erfolge vorzulegen.

## Zukunft Unternehmen lobt Preis aus Wettbewerb für besondere Leistungen

Nach dem Integrationswettbewerb unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten will nun der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Schartau den nächsten Wettbewerb ins Leben rufen. Im Rahmen der Kampagne Zukunft Unternehmen plant der Minister einen Preis auszuloben. Bewerben können sich Unternehmen, die besondere Leistungen für die Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten getan haben wie auch Migranten selber. In jedem Falle geht es um das besondere Engagement in Beruf und Ausbildung.

Ziel ist es die vielfältigen Möglichkeiten auf zu zeigen, die den jungen Menschen offen stehen, wenn sie eine gute Berufsausbildung absolvieren. Die Beispiele erfolgreicher Migranten, die in einer Informationsbroschüre des Arbeitsministeriums zusammengefasst wurden, sollen junge Migranten ermutigen, sich für Bildung und Ausbildung die nötige Zeit zu nehmen. Auch wer nicht gleich eine Ausbildungsstelle findet hat Chancen über diverse Programme des Landes und des Bundes Förderung zu bekommen. Doch das reicht nicht. Auch die Unternehmen selber müssten ihre Bemühungen verstärken, meint der Minister und weist auf die vorbildliche Arbeit vieler Migranten in Betrieben hin. Wer genug Phantasie und soziale Verantwortung habe, könne etwas zum Gelingen beitragen und jungen arbeitslosen Migranten eine Chance geben.

Ein Bewerber um den Preis könnte auch die Stadt Werdohl sein, die im September die Eröffnung eines Informationsbüros zur Kampagne plant. Noch ist aber nicht sicher, ob alle notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Auch die Stadt Köln hat mit einem Informationstag im Rathaus bereits eine eigene Aktion zur Kampagne „Zukunft Unternehmen“ durchgeführt. Dabei kamen Politiker, Unternehmer und andere Interessierte zusammen, um sich über die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Migranten und fehlende Ausbildungsplätze zu informieren.

*Wer sich am Wettbewerb beteiligen möchte, erhält alle weiteren Informationen über die Internetseite [www.chance.nrw.de](http://www.chance.nrw.de)*



## Einbürgerungen weiterhin hoch Beauftragte der Bundesregierung nennt neueste Zahlen

Mit rund 179000 Einbürgerungen im Jahr 2001 ist der Wille zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft unter Migranten und Migrantinnen unverändert. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung wertete das Ergebnis als gutes Zeichen. Sie fügte hinzu, dass sich das neue Staatsbürgerschaftsrecht positiv auswirke. Denn zusätzlich zu den Einbürgerungen von Erwachsenen erhielten 40000 Kinder 2001 außer der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern die deutsche.

Die LAGA nimmt diesen Trend erfreut zur Kenntnis, bleibt aber bei der Ansicht, dass die Einbürgerungszahlen weitaus größer sein könnten, wenn es in Deutschland eine generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit gäbe. LAGA-Vorsitzender Keltke fordert daher die deutsche Politik zu einem konsequenten Handeln in der Frage auf.

## Lehrerausbildung für Islamunterricht

### Uni Münster soll die Ausbildung übernehmen

Nun ist es soweit: Die von vielen lange geforderte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht an Schulen in Nordrhein-Westfalen kommt. Die Universität Münster wird die erste im Land sein, die einen entsprechenden Lehrstuhl einrichtet.

Der an dieser Hochschule ohnehin stark ausgeprägte religionswissenschaftliche Fachbereich wird zu einem „Centrum für Religiöse Studien“ ausgebaut und wird in diesem Zusammenhang um einen Lehrstuhl für Islamische Theologie erweitert. Dieser neue Lehrstuhl wird auch die Lehrerausbildung betreuen. Das schafft die Voraussetzung für eine flächendeckende islamische Unterweisung an den Schulen in NRW.

Derzeit wird in den Schulen Islamische Unterweisung im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts in Türkisch, Arabisch und Bosnisch erteilt. Parallel

dazu wird Islamische Unterweisung in deutscher Sprache als eigenständiges Unterrichtsfach an 24 Schulen landesweit erprobt. Anders als im christlichen Religionsunterricht wird in der Islamischen Unterweisung nur religiöses Wissen vermittelt ohne den Glauben zu verkünden oder zum Glauben zu erziehen. Meistens haben die Lehrer ihre Ausbildung in ihrem Herkunftsland absolviert und in NRW eine Zusatzausbildung genossen und danach ein Gelöbnis auf die Verfassung geleistet.

Bevor aus diesen Ansätzen ein regulärer islamischer Religionsunterricht werden könne, müssten, so Ministerin Behler in einer Erklärung, die verfassungsrechtlichen Bedingungen erfüllt sein: „Die Muslime in NRW müssen eine oder mehrere Religionsgemeinschaften bilden, die – ebenso wie die christlichen Kirchen – Ansprechpartner der Landesregierung sind, um sich gemeinsam auf

Lerninhalte zu verständigen.“ Zugleich betonte die Ministerin aber den erklärten Willen der Landesregierung, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache als reguläres Fach einführen zu wollen.

Bis dieses Ziel erreicht sei, strebe sie eine Ausweitung der bestehenden Angebote in islamischer Unterweisung an. Wichtig sei, dass die an der Uni Münster vermittelten Inhalte sowohl in der Unterweisung wie auch im regulären Religionsunterricht anwendbar seien.

Was die gesellschaftliche Dimension des neuen Lehrstuhls für Islamische Theologie angeht, äußerte Ministerin Behler den Wunsch, dass er zur Verständigung beitrage und die interreligiöse Forschung im Bereich des Islam, der Orthodoxie und des Judentums vertieft werde.



## PISA macht alle wach

### Bildungsministerin Gabriele Behler diskutiert mit LAGA

Bei ihrem Besuch des Hauptausschusses der LAGA NRW am 25. Mai 2002 in Lünen diskutierte Bildungsministerin Gabriele Behler mit den Delegierten auch über die Ergebnisse der PISA-Studie. Sie betonte dabei die Bedeutung die die Landesregierung der Sprachförderung von Migrantenkinder beimesse. Ausreichende Deutschkenntnisse seien zum Schulerfolg notwendig. Sie wies dabei auf die Fördermittel, die die Regierung für einzuschulende Migrantenkinder zur Verfügung stelle. Damit könnte schon vor Schulbeginn eine gezielte Sprachförderung betrieben werden.

In der Diskussion brachte die Delegierten das Bildungswesen in den nordischen Ländern, insbesondere Schweden und Finnland, zur Sprache. Hier, so betonte auch Tayfun Keltek, unterstütze man die Kinder in ihrer „natürlichen Mehrsprachigkeit“. Eine gleichberechtigte Behandlung der Herkunftssprache schaffe beste Voraussetzung auch die Landessprache gut zu beherrschen und die Schulerfolge deutlich zu verbessern. Das müsse auch in Deutschland anerkannt werden.

Die Ministerin versprach den anwesenden die PISA-Ergebnisse genau zu untersuchen und Konsequenzen für das nordrhein-westfälische Schulsystem zu ziehen. Gute Chancen könnten auch die Ganztagschulen bieten, die bessere Bedingungen zur Förderung aller Schüler böten.

Im Verlauf der Gespräche stellte die Ministerin auch die Zukunft des islamischen Religionsunterrichtes vor. (s.o.)

### www.migration-online.de – Info-Pool des DGB

Auf der Internetseite [www.migration-online.de](http://www.migration-online.de) bietet der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes aktuelle Informationen zu allen migrationspolitischen Aspekten. Insbesondere werden aber arbeitsmarktrelevante und rechtliche Fragen aufgegriffen. Dabei werden sowohl aktuelle politische Themen wie das Zuwanderungsgesetz in den verschiedenen Facetten präsentiert, als auch Aktivitäten von Betriebsräten gegen Diskriminierung von Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund vorgestellt.

Für Mitglieder kommunaler Migrantenvertretungen ist diese Internetseite ein wichtiger Informationspool, der wichtige Anregungen für die alltägliche Arbeit gibt. Nach Absprache mit der Redaktion besteht auch die Möglichkeit, eigene Mitteilungen zu veröffentlichen bzw. einen Link zu einer bestehenden eigenen Homepage herzustellen.

# Behrens interessiert an handlungsfähigen Ausländerbeiräten

## Innenminister besuchte Hauptausschuss der LAGA

Bei seinem Besuch des Hauptausschusses der LAGA NRW in Duisburg, zeigte sich der nordrhein-westfälische Innenminister sehr an Integrationsfragen interessiert. Er betonte dabei gleich zu Beginn seiner Rede, dass Migrations- und Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe sei. In sein Ressort falle alles, was mit was mit rechtlicher Behandlung von Migrantinnen und Migranten zu tun habe. Dazu gehören auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der kommunalen Migrantenvertretungen in den Städten und Gemeinden NRW.

Gerade in diesem Feld hatte es zu Beginn des laufenden Jahres Irritationen gegeben. Behrens hatte scheinbar die Existenz der Ausländerbeiräte zur Disposition gestellt und an ihre Stelle grundsätzlich Migrationsausschüsse setzen wollen. Tayfun Kelttek betonte daher in der Diskussion die Position der LAGA, die eine Veränderung der Gemeindeordnung nur dann für akzeptabel hält, wenn es auch wirklich zu einer Verbesserung der Entscheidungskompetenz der Migrantenvertretungen kommt. Kelttek: „Wir brauchen deshalb auch weiterhin eine kommunale Migrantenvertretung, die eng mit Rat und Verwaltung zusammen arbeitet, in der die gewählten Vertreter der Migrantinnen und Migranten aber deutlich in der Mehrheit sind. Und dieses Gremium muss echte Entscheidungsbefugnisse haben.“ Behrens sicherte den Delegierten des Hauptausschusses zu, dass das Innenministerium alle Vorschläge zur Verbesserung der Position der Migrantenvertretungen sorgfältig prüfen und die LAGA eng in den Prozess einer möglichen Reform einbeziehen werde. Er selber könne jederzeit angesprochen werden, wenn es konkrete Vorschläge gebe.

### Behrens begrüßt Zuwanderungsgesetz

Ein weiteres Gesprächsthema war das von Bundestag und Bundesrat verabschiedete Zuwanderungsgesetz. Behrens: „Mit diesem Gesetz ist ein Sinneswandel in Deutschland deutlich dokumentiert worden. Der Bundestag bekennt sich in diesem Zuwanderungsgesetz dazu, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das bisherige Ausländer-



recht ist erkennbar von der Annahme ausgegangen, dass Ausländer sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten wollen, um sodann in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Diese Annahme ist nicht mehr tragfähig. Deshalb stellt das Gesetz eine deutliche Verbesserung des Rechtszustandes für Deutschland dar.“

Die LAGA-Vertreter teilen diese Auffassung des Ministers nur bedingt. Zwar erkenne man an, dass sich deutsche Politik von alten Klischees trenne, doch enthalte das Gesetz Elemente, wie etwa das niedrigere Nachzugsalter für Kinder, die nach Ansicht der LAGA NRW völlig inakzeptabel seien. In diesem Zusammenhang sprachen die Delegierten und der Minister auch über die gegenseitigen Erwartungen der Migranten und der Mehrheitsbevölkerung. Behrens forderte offene Diskussionen über Problembereiche, auch sensible Themen, ohne Scheuklappen. Er bekannte sich dazu, dass etwa die Religionsfreiheit selbstverständlich auch für Menschen muslimischen Glaubens gelte. Das Grundgesetz sei dazu die Grundlage. Deshalb erwarte er von allen Religionsgemeinschaften, dass sie für das gesellschaftliche und politische Zusammenleben die Verfassung als Rahmen anerkennen. Wenn es darü-

ber hinaus noch Gesprächsbedarf gebe, dann müsse man die Diskussion suchen.

Auch in diesem Feld gab es sowohl Zustimmung als auch Widerspruch der LAGA-Mitglieder. Denn, so übereinstimmend alle LAGA-Delegierte, es sei erforderlich anzuerkennen, dass die allermeisten Migranten ihre Pflichten erfüllen, viele von ihnen gemeinnützige, ehrenamtliche Arbeit leisten. Das werde aber allzu oft vergessen, wenn man über die Probleme rede, die es zweifellos im Zusammenleben auch gebe. Bis auf einen verschwindend geringen Teil von Extremisten, die es unter allen Religionen gebe, ständen alle Muslime fest zu den Grundsätzen des Grundgesetzes, das bedürfe keiner besonderen Erwähnung. Fairen Debatten werde man sich aber keinesfalls verschließen.

### Rau unterzeichnet Zuwanderungsgesetz

Am 20. Juni 2002 unterzeichnete Bundespräsident Johannes Rau das von Bundestag und Bundesrat im März 2002 verabschiedete Zuwanderungsgesetz. Damit ist der Weg frei zu einer geordneten Zuwanderung nach Deutschland, wobei es flexible Möglichkeiten für den Staat gibt, mehr oder weniger Migranten ins Land zu lassen. Die LAGA sieht insbesondere im Asylbereich wichtige Verbesserungen für Menschen, legal Aufenthalt in der Bundesrepublik zu bekommen. Kritisch wird dagegen nach wie vor das abgesenkte Nachzugsalter für Kinder beurteilt.

### Bestellcoupon

faxen an LAGA NRW 0211/99 41 615

Ich bin an der LAGA Dokumentation Der kürzeste Weg zur Integration – politische Partizipation interessiert. Bitte schicken Sie 1 Exemplar/e an folgende Adresse

Name: .....

Vorname: .....

Straße: .....

Postleitzahl: .....

Wohnort: .....

## Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund

### Stadt Köln legt Zwischenbilanz des Sonderprogramms vor

Zunächst die gute Nachricht: Das von der Landesregierung NRW Ende 2000 aufgelegte Programm, das der Sprachförderung von einzuschulenden Kindern aus Migrantenfamilien dient, zeigt Wirkung. 120.000 DM hatte die Stadt Köln im vergangenen Jahr zur Verfügung um altersgerechte Sprachkurse für Kinder anzubieten, die kurz vor der Einschulung Sprachprobleme haben. Beteiligt haben sich insgesamt 30 Grundschulen, die die teilnehmenden Kinder bei der Schulanmeldung für die Kurse auswählten. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Kinder mit keinen bis nur rudimentären Kenntnissen der deutschen Sprache. Während des gesamten Kurses wurde eng mit Kindertagesstätten kooperiert und versucht Parallelangebote für die Mütter zu machen.

Nach einer internen Erhebung, die für das Schulamt der Stadt Köln vorgenommen wurde, ist die Wirkung einer solchen Sprachförderung deutlich. „Nach Beendigung des Kurses gibt es kein Kind gänzlich ohne Deutschkenntnisse mehr, der Anteil der Kinder mit nur bruchstückhaften Deutschkenntnissen ist um mehr als ein Drittel gesunken und viele Kinder verfügen nach Beendigung des Kurses über solide Grundkenntnisse, die zu Beginn kein Kind aufweisen konnte.“ heißt es in der Zusammenfassung der Erhebung der Erfolg mache sich auch daran deutlich, dass die Kinder nun häufiger den Mut haben das Deutsche anzuwenden, sich untereinander besser verstehen, aufmerksamer sind und sich selber an die Lehrkräfte wenden.

Dennoch sehen sowohl die Lehrkräfte selber wie auch das Schulamt Köln die Notwendigkeit, dieses vorschulische Kurssystem zu einem Gesamtkonzept in der vorschulischen Erziehung weiter zu entwickeln.

## SWR gefährdet muttersprachliche Sendungen der ARD

### Sender will auf Kosten der spezifischen Programme für Migranten sparen

Der Südwestrundfunk (SWR) plant den Ausstieg aus den muttersprachlichen Sendungen der ARD.

Der SWR begründet seinen Ausstieg mit seinem neuen Projekt, welches 2003 beginnend jeweils eine halbe Stunde interkulturelle Themen in deutscher Sprache aufgreifen soll.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist angehalten, eine Versorgung aller gesellschaftlichen Gruppen in vollem Umfang zu gewährleisten. Die muttersprachlichen Sendungen der ARD sind das entsprechende Angebot für die Hörer italienischer, türkischer, griechischer und anderer Herkunft. Diese Sendungen sind ein Zeichen der Mehrheitsgesellschaft, daß sie die oben genannten Migranten und ihre Erst- und Zweitsprache in vollem Umfang und mit allen Konsequenzen akzeptiert.

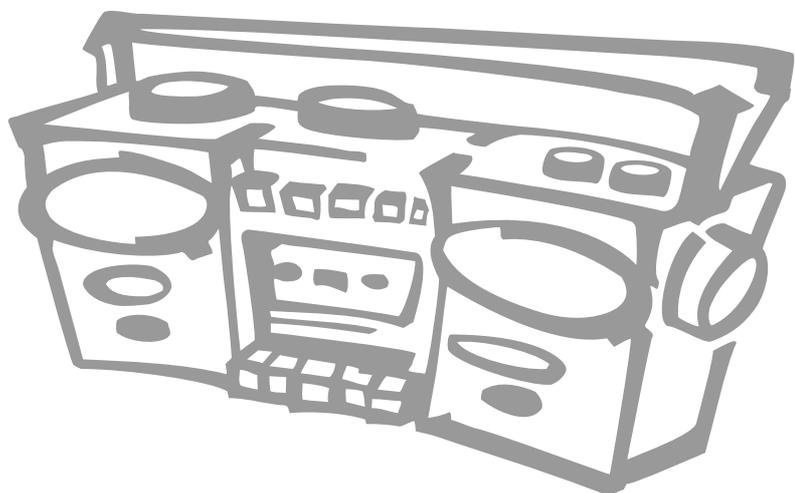
Der Ausstieg des SWR bedeutet somit auch, daß diese Akzeptanz nicht mehr besteht und ist ein falsches politisches Signal zum Thema Integration. Denn Integration bedeutet gleichzeitig, daß die Mehrheitsgesellschaft die Besonderheiten, die eine Migrationslebensgeschichte mitbringt, akzeptiert und diesen über ihre Medien Rechnung trägt.

Die muttersprachlichen Sendungen der ARD unterstützen die Integration,

indem sie Themen behandeln, die Migranten ermutigen, sich am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland zu beteiligen. Das gerne zitierte Argument, Satellitenfernsehen aus den Heimatländern könne das ARD-Muttersprachenangebot ersetzen, stimmt nicht! Fernsehen kann nie Hörfunk ersetzen, da beide Medien unter sehr unterschiedlichen Umständen konsumierbar sind. Auch medienpolitisch gesehen ist das Satellitenfernsehen nicht zu vergleichen mit dem Angebot der ARD, welches überwiegend deutschlandbezogene Themen mit migrantenspezifischem Blick aufgreift.

Der Ausstieg des SWR könnte unter den anderen ARD-Anstalten eine Kettenreaktion auslösen. Diese liebäugeln mit dem Ausstieg, der finanziell begründet wird. Die meisten dieser ARD-Anstalten haben weder die Motivation noch das Geld oder gar das nötige Personal, um ein Alternativangebot für Hörer nicht deutscher Herkunft zu produzieren.

*Text und Information*  
Attila Azrak, *sterneins Medienbüros,*  
Sternengasse 1, 50676 Köln;  
Tel: 0163-4203812,  
Fax: 0221-42038 20, [info@sterneins.de](mailto:info@sterneins.de)



## Niederkassel erfolgreich bei Sprachkursen für Frauen Ausländerbeirat initiierte schon vor sechs Jahren Programm

Als noch kaum jemand in der Bundesrepublik sich öffentlich Gedanken um die Deutschkenntnisse von Migrantinnen macht, initiierte der Ausländerbeirat Niederkassel Sprachkurse für diese Gruppe. In Anträgen an Stadt und Volkshochschule wurden die Bedürfnisse der Frauen berücksichtigt, die aufgrund ihrer hohen Verantwortung für die Familie Kurszeiten an Vormittagen brauchen. Außerdem muss für die Kleinsten Kinderbetreuung gewährleistet werden. 1997 wurden die ersten Kurse angeboten. Sie stießen auf großes Interesse, aber auch auf Schwierigkeiten. Allzu oft zeigte sich, dass die Frauen nur ungenügende Kenntnisse ihrer eigenen Sprache hatten. Das erschwerte den Spracherwerb im Deutschen. Der Ausländerbeirat wies auf die Besonderheit hin und setzte schließlich auch Alphabetisierungskurse durch. Heute werden pro Semester insgesamt 160 Kursstunden angeboten. Wöchentlich teilen sie sich an drei Vormittagen auf je sechs Doppelstunden auf. Der Erfolg ist beträchtlich: Die Frauen sind regelmäßig dabei und verbessern rasch ihre Sprachkenntnisse. Sie können sich so besser in der deutschen Gesellschaft zurecht finden und unterstützen so auch ihre Kinder und Familien.

Das Niederkasseler Beispiel ist ermutigend und sollte andere kommunale Migrantenvertretungen bewegen in ihren Städten und Gemeinden die Situation für Migrantinnen genauer zu untersuchen und gegebenenfalls eigene Initiativen zu starten.

## Kommt mit ins Tausendbäumeland Interkulturelle Kinderbücher zum Lesen und Anschauen

Ethnische und kulturelle Vielfalt als wesentlicher Aspekt der Realität wird in der deutschsprachigen Kinderliteratur nach wie vor vernachlässigt. Kinder mit dunk-



ler Hautfarbe, binationale oder muslimische Kinder finden sich und ihre Alltagswelt nur selten darin

wieder. Seit fast zehn Jahren hat der Verband binationaler Familien und Partnerschaften sich das Ziel gesetzt das zu ändern. Eine Kinderbuchausstellung und ein Broschüre informieren über positive Beispiele und zeigen Eltern, Kindergärten und Schulen, was in ihren Bücherschränken noch fehlen könnte. Ausgewählt werden Bücher, in denen Menschen verschiedener Hautfarbe und/oder Kulturzugehörigkeit gleichwertig und klischeefrei dargestellt sind und solche, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft zum Thema haben und zeigen, welche Möglichkeiten und Chancen dieses Zusammenleben bietet. Besonderen Wert legt der Verband darauf, dass die Bücher nicht von anderen Ländern handeln, sondern sich auf das Leben und den Alltag der Gesellschaft in Deutschland beziehen.

Die Ausstellung wird vom Verband interessierten Vereinen oder Initiativen zur Verfügung gestellt. Die Broschüre und weitere Informationen sind abrufbar unter:

[www.verband-binationaler.de](http://www.verband-binationaler.de)  
Landesgeschäftsstelle NRW:  
Frau Kleine-Salgar  
Thomas-Mann-Straße 30  
53111 Bonn  
Telefon: 0228/ 65 55 70  
Fax: 0228/65 55 41

## Themen der Rechten – Themen der Mitte Christoph Butterwegge veröffentlicht neues Buch

Bereits im vergangenen Jahr verfasst der Kölner Politologe Professor Christoph Butterwegge im Auftrag der LAGA NRW eine Expertise über den Zusammenhang zwischen Themen der Rechten und denen der sogenannten Mitte. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sein neuestes Buch am 10. Juni in den Räumen der LAGA NRW der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

In der Diskussion über den Rechtsextremismus setzt sich denn auch allmählich die Position durch, dass seine aktuellen Erscheinungsformen und Wirkungs-



möglichkeiten nicht vom politischen Diskurs der Mitte getrennt, vielmehr nur in Verbindung damit begriffen werden können. Rechtsextreme Propaganda und rassistisch motivierte Gewalttaten vollziehen sich in einem gesellschaftlichen Klima, das durch Horrormeldungen über den demografischen Wandel einerseits, sowie eine Auseinandersetzung über Formen der Zuwanderung und des interkulturellen Zusammenlebens andererseits geprägt ist. In der öffentlichen Debatte darüber droht die Gefahr einer Ethnisierung sozialer Beziehungen und ökonomischer Konflikte. Typisch hierfür sind Diskussionen um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, um Initiativen zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte sowie um von den Zuwanderern erwartete Integrationsleistungen.

Anhand solcher Beispiele dokumentiert das neue Buch die Argumentationsmuster rechter bzw. rechtsextremer Strömungen und deren Bezugnahme auf die „Mitte“. Diese wiederum greift zunehmend Problemstellungen auf, die zunächst bloß in ultrarechten Kreisen erörtert worden sind, weshalb die Hauptthese des Bandes lautet, dass es immer mehr Überlappungen zwischen Themen der Rechten und jenen der Mitte gibt.

Info:  
Christoph Butterwegge u.a., *Themen der Rechten – Themen der Mitte*, Leske + Budrich, [www.leske-budrich.de](http://www.leske-budrich.de)

## Diskriminierung nimmt zu Immer junge Migranten klagen über Diskriminierung

Viele junge Männer mit Migrationshintergrund klagen über steigende Diskriminierung. Gerade in ihrer Freizeit müssen sie immer wieder erleben, dass sie nicht in jede Discothek kommen. Seit einiger Zeit ist ein steigender Trend fest zu stellen, dem sich leider auch immer öfter Kneipen und sogar Fitnessstudios anschließen. „Der ganze Freizeitbereich ist von einer steigenden ‘Gesichtskontrolle’ befallen, der insbesondere junge Männer nicht-deutscher Herkunft ausgesetzt sind.“ sagt Mahmoud Tahmaz empört. Tahmaz, bisher Mitglied des Ausländerbeirat Rheine, konnte und wollte nicht zusehen, dass immer mehr Gastronomen offenbar Einwände gegen nicht-deutsche Besucher haben. Er begann vor rund einem Jahr verschiedene öffentliche Stellen über das Verhalten der Gastwirte und Studiobesitzer zu informieren. Auch der Minister für Arbeit und Soziales Harald Schartau wurde angeschrieben. In allen Antworten kam die Ablehnung von jeglicher Diskriminierung zum Ausdruck. Doch aufgrund fehlender

gesetzlicher Handlungsmöglichkeiten hat sich nichts wesentliches geändert.

Immerhin hat man in Rheine eine gewisse Öffentlichkeit geschaffen. Leider, so Tahmaz, sei der Erfolg noch mäßig. So habe ein Gastwirt seit fast einem Jahr einen Gesprächstermin immer wieder verschoben. „Es besteht wohl kein Interesse.“ konstatiert Tahmaz enttäuscht.

### AG-Antidiskriminierung bei der LAGA

Dringend bedarf es eines Anti-Diskriminierungsgesetzes. Die Bundesregierung hatte ein solches für dieses Jahr noch vorgesehen, doch wegen unterschiedlicher Auffassungen in der rot-grünen Koalition über die Ziele des Gesetzes das Vorhaben erst einmal verschoben. Viel Zeit bleibt allerdings nicht mehr, weil die EU bis 2003 eine Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie in den Mitgliedsstaaten erwartet.

Tahmaz schlägt daher mit Ercan Atay, dem Leiter des LAGA-Ausschusses Recht, eine Arbeitsgruppe in Sachen Antidiskriminierung vor. Wer ähnliche Fälle kennt und sich auch politisch mit dem Thema auseinandersetzen will, kann sich bei der LAGA-Geschäftsstelle melden.

## Alfonso Lopez Garcia erhielt in diesem Jahr den Preis für die Pflege gut nachbar- schaftlicher Beziehungen

In Siegen wurde am 8. Juni 2002 der Preis für die Pflege gut nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern an Alfonso Lopez Garcia vergeben. Der gebürtige Spanier wurde für seine langjährigen Verdienste um die Verständigung zwischen Deutschen und Ausländern geehrt. Während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit, als Vorsitzender der spanischsprachigen katholischen Gemeinde Siegen e.V. und als Gründungsmitglied und ehemaliger Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Siegen habe er sich immer auch für die Interessen anderer Gruppierungen eingesetzt, heißt es in der Begründung.

Der Preis wurde Lopez Garcia, der auch über einige Jahre im LAGA-Vorstand tätig war, durch den Siegerner

Bürgermeister Ulf Stötzel übergeben, während des 18. Freundschaftsfestes am Oberen Schloss. Die Jury, bestehend aus Mitgliedern des Ausländerbeirates sowie Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung unter dem Vorsitz von Bürgermeister Ulf Stötzel, hatte es auch in diesem Jahr nicht leicht, den Preisträger aus den sieben anerkanntswerten Vorschlägen zu ermitteln.

Die Ausschreibung für diesen Preis wurde im Jahr 1990 vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Ausschreitungen von Lopez Garcia selber vorgeschlagen.



## Impressum

Herausgeberin:  
Landesarbeitsgemeinschaft  
der kommunalen  
Migrantenvertretungen  
Nordrhein-Westfalen  
(LAGA NRW )  
Helmholtzstr. 28  
40215 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 994160  
Fax: 0211 / 9941615  
e-Mail: info@laga-nrw.de  
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:  
Ercan Atay  
Ulrich Bechmann  
Susana dos Santos Herrmann,  
(redaktionelle Koordination),  
Tayfun Keltek, Franz Paszek,  
Siamak Pournahri, Theo van Rijn,  
Engin Sakal, Enver Sen.

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln  
Druck: Druckerei Kaul, Köln